

Bezugspreis:

Wochenschrift 12,50 M., monatlich 4,50 M., ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt u. Reich“ erscheint wöchentlich einmal Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokratisches Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Anzeigen ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 5. Januar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Am 8. Januar Frieden.

Der Ausbruch des Bürgerkriegs.

Am Sonntag, den 5. Januar 1919, brach in Berlin der Bürgerkrieg aus.

Zwischen Vorwärts und Haupttruppe bestand eine direkte Verbindung: Die Tätigkeit des damaligen unabhängigen Polizeipräsidenten Eichhorn.

Erst allmählich kam diese seltsame Tätigkeit des Polizeipräsidenten ans Tageslicht.

Die Regierung konnte gar nicht anders, wollte sie nicht zur ohnmächtigen Puppe und zum Geißel werden.

Die Gewalt kam — aber nicht von Seiten der Regierung, sondern vom Siege Eichhorns aus.

Nach der Besetzung der Zeitungsgebäude bildete sich ein Zug, der die Reichskasse nehmen wollte.

Nachdem die Sache, die um ein Haar geplatzt wäre, auf des Messers Schneide mihunnen ist, haben Unabhängige und Spartakisten die Mär erfinden.

Noch mehr: Den Zug nach dem „Vorwärts“ soll nach der spartakistischen Legende ein Spieß inszeniert haben.

Die Regierung dagegen war so schwach, daß sie sich während des ganzen 6. Januar nur durch das Aufgebot der unbewaffneten Massen der Parteianhänger schützen konnte.

Beratungen des Fünferats.

Die „Tempo“ mitteilt, wie der Fünferat Dienstag unter anderem auch die Abmachungen betreffend das von Deutschland zu liefernde Gasenmaterial behandelte.

Neujahrspromission der Sowjetregierung

Die Moskauer Funkstation verbreitet folgende Neujahrspromission der Sowjetregierung an das russische Volk: Das Jahr 1919 ist ein Jahr des Sieges für die Arbeiterschaft gewesen.

Berufung im Prozeß Hiller.

Wie die Correspondenz B. S. erzählt, ist das Urteil gegen den Oberleutnant Hiller, der bekanntlich wegen mehrerer schwerer Mißhandlungsfälle, darunter im Falle Ortmann, angeklagt war.

Gegen Arco wird verhandelt!

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht München I, Gahn, sendet und folgende Aufschrift: Die Nachricht, daß Arco-Fallen, der Mörder des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner, für dauernd verhandlungsunfähig erklärt worden sei und seine Tat daher ungeahmt bleibe, ist unzutreffend.

konnten keine Waffen erhalten, weil die Regierung keine hatte. Nur mit Mühe gelangte ein Teil in den Besitz eines spartakistischen Waffendepots.

Heute wollen es die Linksradijalen so hinstellen, als sei die Regierung von Bluthun begünstigt gewesen.

Nicht einmal der Belagerungszustand wurde verkündigt, während die Kämpfe tobten, — eine flehme Erinnerung für die, die da behaupten, die Regierung sei auf dies Mittel verfallen gewesen.

Die Radikalen erzählen auch, daß mit Verhandlungen sich Blutvergießen hätte vermeiden lassen.

Es muß außerdem bemerkt werden, daß das ganze Unternehmen nach seinem Mißlingen sehr bald von den Urhebern preisgegeben wurde.

Die Unabhängigen haben später eine Untersuchung über die ganze Angelegenheit gefordert.

Das Mandat war zu durchsichtig, um nicht von jedermann durchschaubar zu werden.

Die „Freiheit“ veröffentlicht in ihrer heutigen Morgenausgabe einen Artikel Ledebours über die Erhebung im Januar 1919.

Ueber das entscheidende Nachschlagen sagt Ledebour: Die Stimmung in der Siegesallee, dem Ausgangspunkte der Demonstrationen und auf dem Alexanderplatz, wo er sich zu einer abschließenden Kundgebung zusammenstellte, war derart überwältigend.

An den Zeitungsbefehlungen tadelst Ledebour nur, daß sie eine unnütze „Kraftverteilung“ gewesen seien.

Die Massen hätten auf eigene Faust losgeschlagen, während wir noch im Polizeipräsidentium berieten.

Ein Kieler Reinhardt!

Aus Kiel sendet uns ein Freund unseres Blattes den gedruckten Dislokationsbefehl Nr. 215, datiert Kiel, den 31. Dezember 1919. Die sachlichen Befehlsanordnungen des Befehls werden mit folgendem Tagesbefehl eingeleitet:

Sur Bekanntgabe am Neujahrstage.

Kameraden! Das Jahr 1919, düster wie keine bisher in der Geschichte des deutschen Volkes, ist zu Ende. Ein Jahr, reich an Worten und leeren Verheißungen, überreich an Unheil, arm und erbärmlich an Taten. Seitdem des Deutschen Reiches Unterhändler Erzberger im November 1918 zum Erschauen unserer Feinde die vernichtenden Waffenstillstandsbedingungen widerstandslos und bedingungslos angenommen hat, ist es mit dem Ansehen und der Kraft Deutschlands Schritt für Schritt über die Annahme des Schmachtfriedens und der schandbaren Auslieferungspartographen abwärts gegangen bis zur völligen Selbstvernichtung. Eine Tat aber leuchtet für die Marine aus dem Dunkel der Schande unseres Volkes hell hervor, danach angehen, die Ehre unserer ruhmreichen Flotte im alten Glanze erscheinen zu lassen: Die Verfertigung unserer durch schändlichen Vertragsbruch in Feindesgewalt und verleitenden Schiffsliste. Nehmen wir uns an unseren Kameraden ein Beispiel, den Mut zur Tat, zur Tat, die in der Wiedererfassung unseres Vaterlandes mit gesammelten und vereinten Kräften bestehen muß. Nur eiserne Pflichterfüllung, selbstlose Eingabe und glühende Liebe zu unserem armen, zerstückelten Vaterlande, da ringsum von haßerfüllten Feinden umgeben ist, wird diese Tat zuwege bringen. Sehen wir dem einhelligen Vernichtungswillen der Feindvölker ebenso einmütig unseren Willen zur Wiedererschaffung eines starken Deutschlands entgegen; dem schließlichen Geist internationaler Vergebung der männliche Stolz auf unser Volkstum und unsere zweitausendjährige, ruhmvolle Geschichte, in der immer wieder nach Seiten der Not und der Uneinigkeit unser Volk, geschützt durch das Unglück, sich nur um so kraftvoller erhoben hat. Mit diesem Gelübnis laßt uns eintreten in das Jahr 1920, dann wird in ihm auch Erfolg winken!

Mit Gott für Reich und Vaterland!

Dieser Tagesbefehl, unterzeichnet Meurer, ist ein Skandal. Der Befehlshaber verheißt darin nicht nur das Wirken der Regierung, der er untersteht, sondern er beschimpft auch noch ein Mitglied dieser Regierung in der niederträchtigsten und verlogenen Weise. Die Beherrschung der Tat von Scapa Flow, die das deutsche Volk jetzt durch die Auslieferung fast seines ganzen Hafensmaterials bezahlen muß, wird noch handfester durch die Art, wie sie als Beispiel hingestellt wird. Diesem Herrn scheinen wir noch immer zu reich an Auslieferungsfähigen Gegenständen zu sein. Wie das Blasen der Revanchetrompete schließlich auf das Ausland wirken muß, darüber ersparen wir uns jede weitere Ausführung.

Wir verlangen, daß Herr Meurer, der in dieser Weise gegen die Regierung fröndelt, sofort seines Postens enthoben wird.

Neue Steuern!

In einer Rede, die der Reichsfinanzminister Erzberger auf Veranlassung der Zentrumspartei in Stuttgart hielt, machte sich dieser schon gegen die Rechtsparteien, denen er die Schuld am Zusammenbruch beimaß. In den Vorverhandlungen über den Waffenstillstand teilte Erzberger mit, er habe feinerzeit von Hindenburg ein Telegramm erhalten, wonach er unter allen Umständen den Waffenstillstand abzuschließen solle. Die Behauptung, die Heimat sei der Front in den Rücken gefallen, bezeichnete der Minister als eine gemeine Lüge.

Drei Ziele habe er sich gestellt, so führte Erzberger weiter aus: Die Wiederherstellung einer geordneten Staatswirtschaft, was seit dem 1. Oktober erreicht sei, ferner die Schaffung des Gleichgewichts zwischen den ordentlichen Einnahmen und Ausgaben, endlich die soziale Ausgestaltung des gesamten

Steuersystems. An das Betriebsrätegesetz müssen sich die Organisationen der Wirtschaftskreise anschließen, da man den Reichswirtschaftsrat sehr notwendig brauche.

Auf finanziellen Gebiete kündigte der Finanzminister ferner zwei neue Steuererlassen, eine Vermögenszuwachs- und eine Körperschaftsteuer, an und machte nähere Angaben über die in Vorbereitung begriffene große Beamtenbesoldungsreform.

Das Körperschaftsteuergesetz soll alle diejenigen Träger oder Bezahler von Einkommen erfassen, die nicht der Einkommensteuer für die natürlichen Personen unterliegen. In dieser Steuer soll auch eine Abgabe auf die „Tote Hand“ enthalten sein. Der Steuerfuß soll 10 Proz. betragen und steigt bei Erwerbsgesellschaften auf 20 bzw. 30 Proz. des Einkommens. Das neue Ergänzungsteuergesetz soll den Vermögenszuwachs besteuern, indem es die sich neu bildenden Vermögen erfährt. Die Sätze auf den Vermögenszuwachs sind „relativ niedrig gehalten“ und endigen mit 10 Proz.

Die Besoldungsreform ist wie folgt gedacht: Das Grundgehalt soll den Beamten rechtzeitig die Errichtung eines eigenen Haushaltes sowie die Eheabschließung ermöglichen, und Obergrenzen sollen für die örtlichen Verschärfungen den notwendigen Ausgleich bieten. Durch Kinderzulagen soll dem Anwachsen der Familienlasten Rechnung getragen werden. Es wird auch eine Verminderung in der Zahl der Beamtenklassen eintreten.

Bayerische Sturmzeichen.

Der die innerpolitische Entwicklung der letzten Wochen und Monate im Reich beobachtet hat, wird nicht ganz teilnahmslos an den Vorgängen, die sich zurzeit in Bayern abspielen, vorübergehen können. Die äußere Tatsache der vollzogenen Einigung des christlichen Bauernvereins und des bayerischen Bauernbundes wurde das Signal für eine Neuorientierung der bayerischen Politik, und die Stimmen, die gegen Preußen und insbesondere Berlin laut werden, unterscheiden sich nicht nur im Ton von den schon gewohnten Abneigungsausschreitungen unserer jüdischen Volksgenossen gegen uns.

Ueberaus charakteristisch für die Stimmung sind die Reden, die von Dr. Helm, dem bekannten Bauernbündler, und vom Bürgermeister Eisenberger, der wiederholt auch in der Nationalversammlung durch seine unvorsichtigen Äußerungen hervortrat, in Bayern gehalten werden. Daß die Reichsregierung in der Beurteilung seitens dieser Herren nicht gut davorkommt, braucht nicht wunderzunehmen. Eine der Stillschreiber aus den Reihen des Dr. Helm, der sich natürlich insbesondere gegen die Sozialisierung ausbrach, lautete:

„Die Zwangsökonomie ist zur Widerstandswirtschaft geworden.“

In noch kräftigerer Weise entlud sich der Daß Eisenberger gegen alles, was nicht Bayern ist:

Wir haben es mit uns von Berlin tyrannisieren zu lassen, die Tagelöhner und Bettler Berlins zu sein.“

Und weiter:

„Aber lieber bayerisch sterben, als preussisch verderben.“

Man wende nicht ein, daß diese Kraftproben lediglich Äußerungen einer nationalen Eigenliebe bedeuten; dazu sind sie zu symptomatisch für die Stimmung im Lande, der sie zum großen Teil Ausdruck geben. Zwar betonen die Bauernbündler und ihre Anhänger, Freunde der Demokratie zu sein, aber die Art und Weise, wie sie sich ein Dreinreden etwa der Arbeiterräte in den Fabriken oder gar sozialistische Regierungsmassnahmen verbitten, ist nicht gerade geeignet, den Glanzen an ihre demokratische Gesinnungsweise zu verliehen. Man wird — wenn auch ohne übertriebene Besorgnis — der weiteren Entwicklung in Bayern seine Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

tika wurde es begeistert aufgenommen, und die Zahl der Schüler stieg von 80 auf 200. Neue Lehrkräfte wurden berufen, eine Abteilung für Baukunst angegliedert, neue Werkstätten errichtet und eine Arbeitsgemeinschaft bildete sich, in der ein feiner Geist tätigen Dienens am Werk, am Bau, der alle bildnerischen Kräfte und Disziplinen umfassen und nähren soll, wirksam werden muß.

Es war vorzusehen, daß diese Entwicklung nicht ungehindert verlaufen werde. In einer Kleinstadt, die von ihrer Tradition lebt, muß neues Leben wie Sprengstoff wirken. Noch ehe die Schule eröffnet wurde, begannen einige antiquierte Leute, die sich übergeben oder zurückgelehrt fühlten — solche, die sich nicht damit abfinden können, daß ihre Zeit um ist —, gegen das Institut und die Schülerschaft unerbittlich zu arbeiten, und nichts lag in dieser Hinsicht der Reaktion näher, als sich dazu politischer Schlagworte zu bedienen. In einer bürgerlichen Versammlung anlässlich der Gemeinderatswahlen kam es zur ersten hitzigen öffentlichen Auseinandersetzung. Wie sich da und später in Gemeinderat und in den Tageszeitungen heillosen Unwissen, bürgerlicher Kalkül und Ungeist, dummer Hoch gegen alles Jung und Reiz, nur weil es jung und neu ist, austoben, das gehört nicht hierher, sondern in die Chronik von Schilda. Die Hege aber, einmal entbrannt, geht weiter. Entgegen der Pflicht zur Wahrheit und Objektivität und ohne jedes Verantwortungsgefühl wird das Bauhaus, das kaum eine Möglichkeit besitzt, die Parteilichkeit aufzulösen, z. B. beschuldigt, aus „anationalen“ Motiven die alten Schüler auszulassen, geliebe hinzuzusetzen, zu maßregeln, „bolschewistische“ Kunst zu propagieren usw., und so wird die Nichtbewilligung des Kunstschulbudgets propagiert. Diese Versuche sind sofort als durchsichtige chauvinistische Manöver entlarvt und alle Behauptungen der im Dienst solcher niedrigen Motive stehenden Journale als Unwahrheiten berichtet worden. Am Staatlichen Bauhaus befinden sich außer 210 Reichsdeutschen 14 Deutschstämmige, 2 Deutschabkömmlinge und 2 Deutschtumskinder, die mit einem der neuerufenen Lehrer, dem Deutschstämmigen Johannes Itten, also auch einem Ausländer, aus Wien gekommen sind. In den Tagen, da sich das ganze Deutsche Reich auf die Stammeszugehörigkeit der Wiener Bauhaus und der Not in Deutschland wertig setzten, haben die Weimarer Bürger nicht ein paar hundert Mark übrig gelassen, um einigen armen Studierenden Freiplätze in der Speisekammer der Schule zu stiften — es lönten ja unter den Ärmsten Wiener sein! Auf diesem Rücken spielt sich der Kampf ums Bauhaus, neu, wie man in Weimar hört, der Kampf um die deutsche Kunst ab.

Die Hege geht weiter. Nichts, nicht einmal was hier über Expressionismus und Politik geschrieben wurde, ist den alldeutschen Blättern zu dumm; sie übernehmen es, und wäre jede Blage zehnmal berichtet, bedenkenlos. So wird aus einem Skandal der Weimarer Geistlosigkeit bald eine politische Affäre „gemacht“ sein.

Zu späte Einsicht.

Wir lesen folgende bemerkenswerte Ausführungen zu den zurzeit veröffentlichten Kaiserbriefen, die zugleich eine treffende Charakteristik der Politik der verflochtenen Epoche enthalten:

Die Kaiserbriefe an den Zaren Nikolaus, die nun veröffentlicht werden, zeigen mit erschreckender Deutlichkeit die Unsicherheit und Willkürlichkeit der rein persönlichen, in romantischen Vorstellungen festgelegten Politik, die wir vor dem Weltkrieg getrieben haben, einer Politik, die in bestem Friedenswillen und ängstlicher Kriegsscheu den Krieg gebar. Kaiser Wilhelm II. trieb patriarchalische Politik, fühlte sich nicht nur als der allein bestimmende und verantwortliche Lenker des Geschicks des deutschen Volkes, sondern auch als der berufene Hüter des Weltfriedens; aber er baute seine Politik in der Hauptsache auf die persönlichen Beziehungen zu den Fürstendhäusern auf, wie ein absoluter Herrscher vor hundert Jahren, ohne des Wandels der Welt, der Mitbestimmung der Völker, der entscheidenden Bedeutung von Volksmeinungen jemals ganz klar zu werden. Stieg er in seiner persönlichen Politik auf den Widerspruch seiner verantwortlichen Staatsmänner, so gab er meist nach, warf sich aber mit neuem Eifer auf neue Pläne oder verfolgte die alten im stillen weiter — so entstand eine Zwiespältigkeit in der Berliner Politik, ein Widerspruch zwischen amtlichen Festlegungen und kaiserlichen Worten und Handlungen, der immer wieder versucht oder eingelenkt werden mußte und uns in den Ruf der Unzuverlässigkeit, Unwahrhaftigkeit und der Friedensstörung brachte.

Es ist dieser Charakteristik nur wenig hinzuzufügen. Von Interesse dürfte lediglich sein, daß sie nicht einem sozialdemokratischen Blatte, sondern — der „Täglichen Rundschau“ entnommen ist, die wir zu dieser Einsicht herzlich beglückwünschen. Schärfer kann wohl die Politik der Kreise, die vor dem Weltkrieg gemacht wurde, und die ihren lebhaftesten Widerhall in den Spalten der „Täglichen Rundschau“ fand, nicht abgelehnt werden, als es hier geschieht. Patriarchalische Politik und obsoleszenz Herrscherum, Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit — das sind die Charakteristika jener wilhelminischen Ära, der von der Rundschau — nur leider fünf Jahre zu spät — der ihr gebührende Fußtritt verleiht wird. Wenn sie sich sogar dazu versteigt, vom Mitbestimmungsrecht der Völker zu sprechen, so ist hierin allerdings wohl mehr eine unerhörliche Konzeption an die Anschauungsweise, die sich trotz der Nationalisten Bahn gebrochen hat, als innere Uebereinstimmung zu erblicken. Sollten wir uns hierin täuschen, so würden wir es freudig begrüßen, in der „Täglichen Rundschau“ eine Mitkämpferin für Demokratie und Freiheit gefunden zu haben.

Ein absoluter Monarch.

Die weitere Veröffentlichung von Kaiserbriefen bringt interessante Mitteilungen von Urteilen Wilhelms II. über Frankreich und Japan. Während er Frankreich wegen seines Ausbruchs aus Fashoda — eine Expedition, die unter Major Marchand eingeleitet und durch die Aufforderung des englischen Generals Kitchener, den Ort zu räumen, nach wenigen Monaten beendet war — außerordentlich tadelt, und es als Verbrechen des Volk ansieht, lautet sein Urteil über die Türkei:

Ich habe alle meine Vermutungen und Berechnungen, die ich dir so oft unterbreitet habe, vollkommen bestätigt; die Türkei ist durchaus lebendig und nicht ein sterbender Mann.“

Die Einschätzung beider Länder in umgekehrter Weise hätte nicht wenig dazu beitragen können, Deutschlands Siedel anrecht zu gestalten. Diese falsche Verteilung war der tiefere Grund für die Vändelpolitik mit der Türkei, die man als will-

Niemand wird es dem Weimarer Konzeptionsbüro verübeln, daß er sich um jeden Preis, selbst um den des Lebens, erhalten will; niemand wird einer Stadt, die nichts sein will als eine Lebenswürgerei, zumuten, sich von der Vegetierung und dem Ernst, die Grepins und seine Schar erfüllen, mitreißend zu lassen. Aber wenn sie schon die Bedeutung dessen, was hier angeht, nicht zu verstehen erklärt, und wenn sie schon die gute Sache nicht mit allen Kräften unterstützt, so möge sie wenigstens bedenken, daß der Lauf der Welt und der Kunst aus in Weimar nicht insament rückwärts gehen wird, und daß sie am besten davon ißt, sich vor allem Neuen abwartend zu verhalten und zu lernen.

A. B.

Die Volkshochschule Groß-Berlin wird am 10. Januar mit einer Feier in der neuen Aula der Universität eröffnet. Das Programm kündigt Ansprechen an von Stadtrat Cassenbach, Universitätsdirektor Prof. Dr. E. Meyer, Oberbürgermeister Wermuth, Gewerkschaftssekretär Rink, Universitätssekretär Heinrich Schulz und Prof. Dr. Herz. Eingetragene wird die Feier von Musikdarbietungen des Berliner Volkstheaters.

Die bemalten Schönen. Die Toiletten der neuesten Pariser Mode mit ihren tiefen Ausschneidungen, ihrem überladenen Schmuck und grotesken Federbüscheln zwingen die Trägerin dieser Dinge, auch ihre Feuchter danach zu gehalten. Die Art und Weise, wie sich eine Pariserin von heute „zurichtet“, schildert ein Modebericht der „Times“ folgendermaßen: „Starke Farben auf den Waden, glühende Lippen, düggelbarte Haut und hoch betonte Augenbrauen über künstlich glühenden Augen sind ganz und gäbe. Manche Frauen benutzen Puder, der fast gelb ist und das ganze Gesicht in eine schreiende Farbe taucht; das Rot der Waden und Lippen ist „Tomatenrot“, ein großes Purpur. Diese Tamen legen sich die Haare in Rollen an die Waden; sie vergrößern ihre Augen bis zu einer langen mandelförmigen Gestalt, verkleinern ihrem Mund seltsame Linien und machen die Kinnbeine höher, als es die Natur getan. Die Hände sind in übertriebener Weise manikürt; die Nägel sind mit Sienna feuerrot gefärbt und glänzen wie Spiegel. Die Finger tragen von seltsamen Juwelen; an den Oberarmen tragen schwere Bänder an Stelle der Ärmel. Die Fußstüchel sind von breiten Ringen umschlossen, und lange spitze Pantoffeln vervollständigen den Eindruck, in dem der Lugs einer orientalischen Damschrau sich mit dem Ungeßmack der Lieblingsgattin eines Wildenhauptlings verbindet.“

Theater. Das Neue Opernhaus gibt als nächste Reue die dreifache Operette „Die kleine Lohent“ von Martin Ansp. Legt nach dem Aufspiel gleichen Namens von Dora Duncker und Hans Gau-

Kunst in die Schulen! Das Londoner Victoria- und Albert-Museum hat den englischen Schulen lange Pläne von Kunstwerken und Photographien zusammengestellt, aus denen sie sich Werte, die sie zum Anschauungsunterricht haben wollen, auswählen können. Es handelt sich dabei um Originalabdrücke und -zeichnungen, Reiterwerke alten und modernen Kunstgewerbes, Gemälde, Plastiken, Möbel und einzelne Architekturstücke.

Das „Staatliche Bauhaus“ in Weimar.

Reaktionswähler reizen gegen die neue deutsche Kunst.

Das Staatliche Bauhaus in Weimar ist heute, wenige Monate nach seiner Eröffnung, allortort, wo man um die fundamentale, kulturelle Bedeutung pädagogischer Reformen weiß, als das Vorbild des neuen Kunstschulwesens anerkannt. Was in allen Ländern, vorab in Deutschland von den besten Praktikern der Kunstgeschichte, von den Theoretikern und den Studierenden einmütig gefordert wurde und wird, ist hier verwirklicht. Diese Tat besteht darin, daß der Architekt Walter Gropius die ehemals Großherzogliche Hochschule für bildende Kunst, eine durchschnittliche Provinzialakademie, mit der Kunstgewerbeschule vereinigt, und eine Einheitschule geschaffen hat, in der die künstlich errichteten Scheidewände zwischen der sogenannten hohen Kunst und dem Handwerk beseitigt und durch das einheitliche Mittel der handwerklichen Erziehung dem natürlichen Werdegang des bildnerisch tätigen Menschen die Wege geebnet und die Ziele gewiesen wurden. Ueber die prinzipielle Berechtigung, ja die dringende Notwendigkeit dieser Umgestaltung braucht hier kein Wort verloren zu werden. Die Wiedervereinigung von Kunst und Handwerk, die Aufhebung eines von Leben und Volk abgeschnürten „akademischen“ Kunstbegriffs, nicht zuletzt die Überwindung des unnatürlichen Produkts einer weitenlosen Schenkultur, des Kunstgewerbes, das alles sind keine ästhetischen Angelegenheiten, sondern Herzensangelegenheiten, deren Sorge der geistige Kultus der Gemeinschaft ist. Die bewährtesten Praktiker, Leiter und Lehrer von Kunsthochschulen, wie Bruno Paul in Berlin, Richard Niemcewicz in München, Rud. Vosselt in Paderborn, Kurt Kluge in Leipzig, W. v. Teubitz u. v. a., haben in Denkschriften und Programmen das Prinzip des handwerklichen Einheitsunterrichts an den Kunstschulen gründlich entwickelt, die im Verband der Lernenden deutschen Kunstschulen vereinigten Studierenden haben es sich zu eigen gemacht, der „Arbeitsrat für Kunst“ in Berlin und das Preussische Kultusministerium hat es zur Grundlage der Unterrichtsreform genommen, und den Lehrern des „Vorwärts“ sind wiederholt die von diesem Grundbuch ausgehenden Ausführungen von Otto Parnitzka („Kunst“, „Verwaltung und Unterricht“ in Nr. 109) einnehmlich. Daß die Verwirklichung in Weimar schneller vorwärt wurde als in Dresden, wo die Trennung des Reform- von der besonderen Schwierigkeiten bedingt, ist neben den organisatorischen Fähigkeiten Gropius' der zufälligen Kunst der Beziehungen zu danken; hier waren die beiden Institute, Akademie und Kunstgewerbeschule, deren Direktorenstellen unbefristet waren, einem Ministerium unterstellt. Das Programm, das Gropius von Weimar ausgehen ließ, bewährte eine Verbekraft, die für seine aus dem Zeitbewußtsein geborene Einheit starker spricht, als alle theoretischen Beweise. In Deutschland und im Ausland, auch in Ame-

lärischen Anhänger sowohl wie als wirtschaftlich Interessierten ansehen zu können vermeynt. Wie sehr man sich in dieser Annahme getäuscht hat, sollte nicht erst der ähulere Zusammenbruch der Türkei am Ende des Weltkrieges, sondern zahlreiche innere Symptome des letzten Jahres zur Genüge ergeben.

Doch charakteristisch für das persönliche Regiment, in dem sich Wilhelm II. in Verbindung mit seiner Vorbilder aus der Goldenen Zeitaltergeschichte, an Friedrich Wilhelm I., an Friedrich II. und in gewissem Sinne an seinen Großvater Wilhelm I. — wenn gleich sich dieser mehr und mehr auf Bismarck stützte —, gefiel, ist die Art und Weise, in der er sich anläßlich der Verabredung einer Zusammenkunft mit dem russischen Zaren über die Hinzuziehung von diplomatischen Vertretern äußert. Am liebsten wäre ihm, mit „Ritz“ ohne jeden Zeugen zusammenzutreffen, so schreibt er am 18. Juni 1901:

Ich werde keine Diplomaten mitbringen, nicht einmal den Kanzler, ausgenommen, wenn Du ihn sehen willst.“

Da der Zar, konstitutioneller als der konstitutionelle Konard Wilhelm II., offenbar das Zugewinn des deutschen Kanzlers Bülows und des russischen Außenministers Grolen Lambsdorff wünscht, geht Wilhelm notgedrungen hierauf ein, wenig gleich die Art und Weise, wie er auf des Zaren Vorschlag reagiert, außerordentlich läßt, ja fast ablehnend klingt.

Was den Grafen Lambdorski betrifft, so werde ich ihn natürlich empfangen, falls er an Bord Deiner Yacht sein sollte; sollte das nicht der Fall sein, und da wir gar nicht an Land gehen, bitte, bemühe den armen Minister nicht, die lange Reise nach Danzig zu unternehmen.

Das Mitleid mit dem „armen“ Minister hatte wohl seine tiefsten Ursachen, Wilhelm II., dem es später im Weltkrieg nicht darauf ankam, zugunsten des „glänzenden Verlaufs“ einer Parade Soldaten in glühender Sonnenhitze oder in eisiger Kälte hundertlange Marsche zurücklegen zu lassen, dürfte wohl mit einem Minister wegen einer dienstlichen politischen Reise, deren persönliche Unbequemlichkeiten außerordentlich gering sein müßten, nur wenig Mitleid empfunden haben. Der wahre Schmerz war vielmehr der, daß er sich einen unbehaglichen Mitläufer fernhalten und dem „Selbstherrlicher aller Reußen“ möglichst achtsamgeleitend und unabhängig von verfassungsmäßigen und konstitutionellen Vorschriften gegenüberstellen wollte. Wohin diese Politik, die eine Art Wiederbelebung der Kabinetspolitik des 18. Jahrhunderts bedeutet, geführt hat, sollte das deutsche Volk 18 Jahre später schmerzhaft am eigenen Leibe verspüren.

Reichswehrtruppen gegen Baltikumer.

Von militärischer Seite wird dem Korrespondenten der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt: Die im Durchgangslager Groß-Boritzsch und in der König-Ludwig-Kaserne untergebrachten Osttruppen gefährden durch ihr Benehmen sowie vor allem durch Verkäufe von in ihrem Besitz befindlichen Schutzaffen die allgemeine Sicherheit und schädigen den Staat durch Verkäufe von Pferden und Ausstattungsgegenständen aus seinem Eigentum. Zur Wiederherstellung ordnungsgemäßer Zustände im Durchgangslager sind heute am 5. Januar, 5 Uhr vormittags, vom Bezirkskommando IV (Lößau) Reichswehrtruppen nach Pillau herangezogen worden.

Neue Gefahren für das Rheinland.

(Nebung unserer Kölner Korrespondenten.)

Wiederholt mit dem Zurückfluten des Hochwassers steht Gefahr die Gefahr, so daß die Befürchtung besteht, daß die durch das Hochwasser gefährdeten rheinischen Dörfer durch Eisgang bedroht werden.

Wenn vor hundert Jahren wurde das Rheinland von einer solchen Katastrophe heimgesucht. Damals stürzten die Landströme landeinwärts, da die Eisdecken alle zertrümmerten, was sich ihnen entgegenstellte.

Da erneut mit einer solchen Möglichkeit gerechnet werden muß, so werden in besonderer Bedacht und niedrig gelagerten Ortschaften Vorkehrungen gegen die Eisgefahr getroffen. Dort, wo die Schutzwehre durch das Hochwasser durchbrochen wurden, sind die Wiederherstellungsarbeiten wieder aufgenommen worden. Die durch die Hochwasser angerichteten Schäden sind unerschöpflich. Die gesamte Winterzeit ist vernichtet; auch die Weinberge wurden stellenweise hart mitgenommen.

Der Frankfurter Eisenbahnerkonflikt.

Die Frankfurter Eisenbahnerbewegung hat eine Verschärfung erfahren. Die Frankfurter Eisenbahndirektion erhielt vom Arbeitsminister ein Telegramm, in dem unter Hinweis auf die Rückwirkung des Tarifs vom 1. Januar 1920 an und die schon jetzt erfolgende Forderung von Vorschlägen auf die neuen Lohnsätze aufgefördert wird, bis Montag, den 5. Januar, die passiven Reklamen einzustellen, widrigenfalls die Hauptwerkstätte wegen Unwirksamkeit der Besetzung von Dienstag, den 6. Januar, geschlossen und sämtliche Arbeiter gefälligst würde.

Gegenüber wendet sich die Organisation des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der für den Fall der Durchföhrung der ministeriellen Maßnahmen schwere Komplikationen befürchtet. Die Arbeiter seien sich entschlossen, auf ihrer Forderung reiflicher Gewährung der Tarifabsätze, wie sie vom Deutschen Eisenbahnerverband dem Ministerium unterbreitet wurden, zu bestehen.

Bürgermeisterwahl in Saunbörts. In Sonneberg wurde der Redakteur des „Sozialistischen Volksrechts“, Staatsrat Knoke, zum ersten Bürgermeister gewählt.

Wirtschaftliche Nachrichten.

Gegen die Kapitalflucht.

Zu allen Tropen über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht sind für sämtliche in Berlin wohnhaften oder sich dauernd hier aufhaltenden Strukturschichten bis zur Bildung der Finanzämter die Steuererklärungen I und II, fä den fr. 58,60 (Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen), zu fändigen.

Die Kaufkraft der österreichischen Krone.

An der Wiener Börse wurden am 8. 1. 20 bezahlt für:	
100 deutsche Mark	870 Kronen statt 118 Kr.
100 holländische Gulden (Devise)	6875 „ „ 900
100 Schweizer Franken	5175 „ „ 94
100 dänische Kronen	8500 „ „ 182
100 norwegische Kronen	8700 „ „ 182
100 schwedische Kronen	8850 „ „ 182

(Devoten und Auslandswchsel.)

Man beachte den Unterschied zwischen den Preisen für kambianische Wechsel (Dänemark, Norwegen, Schweden), die die gleiche Kronenwährung haben. Dänische Devisen waren leichter zu haben als die anderen; deshalb konnten sie billiger gekauft werden.

Die Kaufkraft der tschechischen Krone.

An der Prager Börse wurden am 8. 1. 20 bezahlt für:

100 deutsche Mark	123 tschech. Kronen
100 österreichische Kronen	54

Vergleiche die Marktaubele in der Morgenzeitung.

Produktionsbörse.

Hafel für den Zentner	122—128 M.
Wicken	120—140
Pferdeböhen	185—200
Belustafen	175—180
Altweizen	380—400
Roggenstroh, ab Verladung	18—17
Wieschen, bahntreier hier	32—35
Roggen	40—43
Rüchjutter, städt. Verkaufspreis	39,80 M. frei Haus

Kriegsanleihe.

Der Einheitskurs beträgt 77,60 Proz.

Groß-Berlin

Neue Spaltung!

Die „rote Fahne“ veröffentlicht einen „Appell in letzter Stunde“, aus dem hervorgeht, daß der mühsam zusammengeleitete „rote Vollzugrat“ wiederum im Begriff steht, in die Brüche zu gehen. Die „rote Fahne“ kündigt den Austritt der R.-V.-D.-Fraktion an, falls die Unabhängigen auf dem Richard Müller'schen Räteystem bestehen bleiben.

Der Kampf um die Höchstmieten.

Die Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers betreffend die Festsetzung der Höchstmieten hat bei den Hausbesitzern namenlose Wut und bei den Mietern Genugtuung ausgelöst. Auf die freche Herausforderung der Hausbesitzer haben die Mieter Groß-Berlins am gestrigen Sonntag eine nicht mißzuverstehende Antwort gegeben.

Leider gab es auch bei dieser Gelegenheit wieder Elemente, die diese Mieterbewegung für ihre politischen Zwecke auszunutzen beabsichtigt waren. Während der Demonstrationen sah auch die Weisheitstrage bemerkt, wurde neben den Hausbesitzern auch reichlich die Regierung, für deren Verordnung man demonstrierte, mit Niederrufen bedacht. Wer etwa glaubt, daß nur einige untreue Vurche oder politische Rindsköpfe diesen Unfug veranlaßt haben, der möge die Montag-Morgensausgabe der „Freiheit“ zur Hand nehmen, um sich zu vergewissern, daß die Drahtzieher ganz anders über.

Es geht der ehrenwerten „Freiheit“ gewaltig gegen den Strich, daß nach der Verordnung gegen den Salzhandel nun auch noch die Verordnung über die Höchstmieten den Beifall auch ihrer Anhänger gefunden hat. Man befürchtet, daß die „lodende Kohle“ und der Traum zur „revolutionären Tat“ einflammen und läßt sich darum folgendermaßen betnehten:

Während der Mieterverband auf dem Standpunkt steht, daß die Verordnung vom 2. Dezember als ein kümmerlicher Anlauf von Rieterschutz zu betrachten und die Sozialisierung anzustreben ist, war ein Redner vor dem Schloß, ein Dr. Seligmann, von der Verordnung so selig, daß er in seinem Referate den Minister Stegerwald für seine „ungeheuren Leistungen“ hoch leben ließ. Vom Hallen des Wohlfahrtsministeriums aus ließ derselbe Dr. Seligmann den Regierungsrat Müller hoch leben, weil er „für die Sache der Mieter kämpfte“. Wäre Rosse gekommen, hätte Dr. Seligmann ihn sicher auch hoch leben lassen. Wir möchten dem Mieterverband bringen raten, in der Auswahl der Referenten vorsichtiger zu sein und nicht unklare Äbde auf die Masse loszulassen, die unter Umständen in jeder Beziehung zu begründende Mieterbewegung auf schwerste Hindernisse führen. Denn die Arbeitermassen, die für einen Kampf gegen die Hausagrarier in Betracht kommen, sind zum wohnen größten Teile Gegner der Regierung, die den Kapitalismus wieder in den Sattel gehoben hat und seine Entwicklung und Förderung nach jeder Richtung hin unerschütet. Eine Stöße dieser arbeitereindlichen Regierung ist auch der Minister Stegerwald. Es kann Massenbewegungen Arbeiter nicht zugemutet werden, daß sie Mitglieder des Systems, das sie bekämpfen, „anhochern“, um so weniger, als auch die Verordnung vom 2. Dezember den Hausagrarier in Hilfe Gelegenheit bietet, ihr Schäfchen auf Kosten der Mieter in Sicherheit zu bringen.

Auch wir sind als Sozialisten gegen jeden Personenkultus und gegen jedes „Ansehen“. Aber es ist doch begreifend, wenn die „Freiheit“ jemand, der einen Minister hoch leben läßt, als einen „unklaren Kopf“ hinstellt. Wieviel Hare Köpfe mag es da wohl noch in der U. S. V. geben? Der Rat, in der Auswahl der Referenten vorsichtiger zu sein, ist ein deutlicher Hinweis auf dem Jaunpaul. Offenheit besteht ihm der Mieterverband und engagiert zum nächsten Ausbruch für die Verordnung der Regierung lauter „stamme Revolutionäre“.

Wir wissen den Schmerz der „Freiheit“ voll auf zu würdigen. Vor einem Jahre glaubte man, mit Reichsingenieur und Handgranaten die Vernunft zu erschlagen. Es ist nicht gelungen! Bis noch einer schweren Krankheit erkrankt das Proletariat allmählich wieder und erkennt, wo seine wahren Freunde sitzen. Die Arbeiter wenden sich in hellen Scharen ab von denen, die nur groß sind im Dreschen von hohlen Phrasen und die grundsätzlich all das verneinen, was vom Regierungssicht kommt, obwohl sie oft im Grunde damit sehr einverstanden sind. Man befürchtet, daß sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß nur in sachlicher und planmäßiger Arbeit Erspriehtliches geleistet werden kann.

Die Hausbesitzer sind entflohen, der Verordnung des Wohlfahrtsministers äußerlich Widerstand entgegenzusetzen. (Weber die Drohung, mit der Waffe in der Hand unterzugehen, reden wir natürlich hier nicht, denn uns fehlt der Glaube.) Die Mieter können nur dann etwas erreichen, wenn sie den Hausbesitzern eine ebenso geschlossene Phalanx entgegenstellen. Mit allem Nachdruck sollten sie jene Leute aus ihren Reihen verweisen, die versuchen, an ihrer berechtigten Erregung der Parteiführer zu locken, denn dadurch wird die Bewegung nicht nur gesplittert, sondern die Feindschaft eines Teiles der Arbeiterschaft gegen die Regierung stärkt abends noch die Position der Hausagrarier in ihrem Kampf gegen die Höchstmieten-Verordnung.

Weiteres Steigen der Brotpreise?

Die neuesten Preissteigerungen sind kaum zur Tat geworden und schon melden sich Stimmen, die auf weiteres Steigen der Brotpreise vorbereiten. Eine Korrespondenz, der wir die Verantwortung für ihre Reibung überlassen müssen, teilt mit, daß in den nächsten Tagen zwischen den Vertretern der Väterorganisationen und den Konsumfabriken Konferenzen stattfinden, in denen über eine Neuregelung des Brotpreises verhandelt werden soll. Nach Ansicht der Produzenten ist die Lage in den Großbäckereien, den Mülkern und in den Brotfabriken sehr unbehaglich geworden. Bei der letzten Erhöhung des Brotpreises ist lediglich die Erhöhung des Mehlpreises in den neuen Preis hineinkalkuliert worden. Die erhöhten Arbeitslöhne, die erhöhten Gas-, Elektrizitäts- und Kohlenpreise und namentlich die erhöhten Gehaltslöhne können nicht berücksichtigt werden. (17) Die Organisationen haben sich nun an den Berliner Magistrat gewendet und Verhandlungen über eine

neue Erhöhung des Brotpreises nachgesucht. Zuerst Besprechung mit dem Magistrat brachte noch keine Uebereinstimmung beider Parteien, doch erklärten die Vertreter des Magistrats, daß eine Preisregelung oberhalb vorgenommen werden würde. (Was wir zunächst mit allem Vorbehalt wiedergeben. Die Red.) Man wird also damit rechnen müssen, daß im nächsten Monat das Brot auf etwa 8 Mark steigt. Die Väter sind anscheinend auch damit nicht zufrieden und machen, nach derselben Quelle, auf eine dann nochmals bevorstehende Verteuerung aufmerksam, da sie gezwungen sind, im März teureres Auslandsmehl zu kaufen.

Zur Aufdeckung des Brotpreisschwunders.

Zu der Aufdeckung des großen Brotpreisschwunders, über den wir im heutigen Morgenblatt berichten, teilt uns der Magistrat Berlin folgendes mit: Dem Lebensmittelverband Groß-Berlin ist es schon seit längerer Zeit bekannt, daß in der Mitgliedsgemeinde Weihensee die Kontrolle der Brot- und Mehlverföhrung nicht mit derselben Genauigkeit durchgeführt wurde, wie in allen anderen Gemeinden des Lebensmittelverbandes. Lebhafte Klagen haben mehrfach Veranlassung gegeben, die Mitgliedsgemeinde Weihensee zu erforschen, ihre Kontrollen zu verschärfen. Während z. B. in allen anderen Gemeinden die Väter auf ihren Wochenangeben die tatsächlichen Bestände angeben müssen, so daß die Verwaltung bei jeder Wohnablieferung sofort merken muß, wenn veruntreute Brotmengen zur Ablieferung gelangen, erfolgt in Weihensee die Mehlzugabe lediglich nach Maßgabe der Anzahl der abgelieferten Brotmengenabschnitte, ohne Rücksicht auf die Höhe der regelmäßigen Mehlzugabe. Hierdurch wird in Weihensee das in allen anderen Gemeinden als Grundfach aufgestellte Prinzip durchbrochen, wonach dem Bäcker auf Grund der von ihm abgelieferten Mengen ein Höchstmaß nur soviel Mehl zugewiesen wird, als ihm nach Maßgabe seines Verbrauches in der entsprechenden Bauweise zulässig. Es war dem Lebensmittelverband bekannt, daß infolge dieser mangelhaften Kontrolle in Weihensee Väterkreise innerlich weniger Boden die Zahl ihrer zur Honorierung vorgelegten Quotienten um über ein Drittel steigen konnten, ohne daß die Gemeinde Weihensee eingriff. Andere gleichliegende Vorfälle waren zur Kenntnis des Lebensmittelverbandes gekommen und der Gemeinde Weihensee ohne Erfolg mitgeteilt worden. Auch das Plenum des Lebensmittelverbandes hat sich bereits vor längerer Zeit mit diesen Vorzomanischen beschäftigt, nachdem die Gemeinde Weihensee allen nachdrücklichen Vorstellungen gegenüber in den Maßnahmen des Lebensmittelverbandes nur „ein unbedeutendes Nichtigkeiten gegen die Vorzomanischen“ gesehen hat.

Welchen Umfang die Veruntreuungen gehabt haben, wird die Gemeinde Weihensee ermitteln müssen, mit der der Lebensmittelverband Groß-Berlin in Verbindung getreten ist. Es ist zu erwarten, daß dieser Vorkauf nun endlich dazu führen wird, daß die Gemeinde Weihensee genau die gleichen und strengen Vorschriften durchführt, wie sie bei allen anderen Groß-Berliner Gemeinden bestehen.

Ein großer Treibkennzeichen brachte die Kriminalpolizei auf die Spur zweier gefährlicher Einbrecher und führte zugleich zur Auffindung eines großen Währungsverlustes, bei dem von Dieben für 50000 M. Wert- und Schmuckgegenstände in die Hände gefallen waren. Aus einer Fabrik in Stöberberg hatten Einbrecher für 25000 M. Treibkennzeichen gestohlen. Inspektionsbeamten gelang es, die Wemmen zu beschlagnehmen, als die Diebe sie verkaufen wollten. Diese wurden festgenommen als ein schon wiederholt vorbestrafter Einbrecher Breitenbach und ein gewisser Bachhaus. Bei der Durchsuchung dieser Wohnungen fanden die Beamten außerdem Sachen, die aus einem Wohnungseinbruch herrührten. Die weiteren Nachforschungen ergaben, daß die Geliebte des Bachhaus, eine Wittwe Maria K. u. g. e. r., bei dem betreffenden Wohnungseinbruch Stellung genommen und dabei die Geliebte zum Einbruch ausgehandelt hatte. Als sie eines Abends allein in der Wohnung anwesend war, ließ sie die beiden Einbrecher ein, die für etwa 50000 M. Gegenstände aller Art einpackten und damit verschwanden. Die Wittwe wurde gleichfalls festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Breitenbach wurde dort plötzlich krank und mußte nach der Warte gebracht werden, von wo er verstarb. Er wird jetzt wieder von der Kriminalpolizei gesucht.

Ein falscher Kontrollent als Dieb. Für 60000 M. Schmuckgegenstände hat sich ein Dieb in einer Villa in Dählheim, der als falscher Kontrollent sich Eingang zu verschaffen weiß. In Dählheim gab er sich als Kontrollent der U. S. V. aus und ließ in einem unterirdischen Kugelhohl mehrere Edelsteine, darunter ein Brillantkettchen mit 6 großen und 6 bis 7 kleinen Brillanten, das etwa 60000 M. wert ist. Der falsche Kontrollent ist etwa 30 Jahre alt, 1,78 Meter groß und hat ein blaues Gesicht mit blondem, gestupftem Schurrbart.

Töblicher Unfall auf einer Untergrundbahnstation. Der Inhaber eines bekannten Charlottenburger Herrengarderobengeschäfts, der Kaufmann Swarsinski, wurde in einem Untergrundbahnzug plötzlich von einem Unwohlsein befallen, so daß er sich entschloß, auf dem Bahnhof Wittenbergplatz auszusteigen. Er öffnete, während der Wagen auf der Station eintraf, die Tür, als er von einem Herzschlag getroffen, zur Seite fiel. Trotz der Bemühungen der auf dem Bahnsteig befindlichen Fahrgäste fürste er zwischen die Wagen des einrollenden Zuges und wurde überfahren. Der Zug wurde sofort zum Halten gebracht, doch gelang es nur noch, den verblutenden Körper zu bergen.

Qualitative U-Bootsleute aller Dienstgrade über deren Unterbleiben werden erucht, ihre Adresse, Dienstgrad und U-Bootsnummer zur Bekanntheit ihrer Rechte bei der Verteilung der U-Bootskassen an Richard Stein, Alst., Adr.straße 42 II, zu senden.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Stroh. Vorratung für 250 Gramm Weizen (110), 125 Gramm Weizenmehl (111), 125 Gramm Gerstentrotz (112), 125 Gramm Weizenmehl (113), 500 Gramm Weizenmehl (74A), 250 Gramm Weizenmehl (74B), 250 Gramm Weizenmehl (74C), 1 Kiste (6 A), für Weizen von 60 bis 65 Pfdern 250 Gramm Weizenmehl (74A). In Weizenmehl werden abgezogen für Kinder im 1.—6. Lebensjahr, weinende Mütter und Jugendliche 250 Gramm Weizenmehl. Weizenmehl nur nach Maßgabe der neuen Berechnungstabelle. Weizenmehl, 125 Gramm Weizen (108), 250 Gramm Weizenmehl (110), für Weizenmehl 200 Gramm Weizenmehl (47), 275 Gramm Weizen (48), 250 Gramm Weizenmehl (49), 250 Gramm Weizen (48).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wohler in Rudow. Dienstag abend 8 Uhr im Restaurant Wohler, Rudow, Beschlusse.

Jugendveranstaltungen.

Mädchenabend im Januar: Zentraljugendheim, EB 68, Lindenstraße 3, Neben Freitag, 9. Sonntag: Feuille Dichterin, 16. Weim. 18. 28. Dichterin: Abend: Fran und Sozialismus, 30. Sonntag: Weibliche Gesundheitspflege.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Berlin 4 (Lichten). Generalversammlung für Kriegsbeschädigte und Kriegsteilnehmer 7. Januar, für Kriegsbeschädigte 14. Januar, abend 7 1/2 Uhr, im „Dresdener Weihensee“, Dresdener Str. 116. — Der „Verein der matronen Ch. Dresdener Berlin O.“, Mittwoch, 7. Januar, abend 7 1/2 Uhr, Gemeinde-Schule Lichten Straße, W. P. 11. — Der „Verein der Weiblichen und Kultur-Interessierten mit Weiblichen.“ — Treffpunkt: Sternwarte. Auf Weizenmehl und Weizenmehl, lautet das Thema des Vortrages, den Dr. H. Speidemann am Mittwoch, den 1. Januar im großen Saal der Treppen-Sternwarte halten wird. Der Vortragende ist der einzige Lebende der v. Anselmischen Island-Expedition.

